Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11569**

18. Wahlperiode 20.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Tom Koenigs, Claudia Roth (Augsburg), Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/4688 –

Rechte indigener Völker stärken durch Ratifikation der ILO-Konvention 169

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, die Konvention 169 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker, der Deutschland bereits im Jahr 2007 zugestimmt habe, umgehend dem Deutschen Bundestag zur Ratifikation vorzulegen. Sie verweist darauf, dass 370 Millionen Menschen in 90 Staaten zu den indigenen Völkern zählten und sich in deren Lebensräumen mehr als 60 Prozent der weltweit begehrtesten Rohstoffvorkommen finden würden. Das häufig gegen eine Ratifizierung der Konvention 169 vorgebrachte Argument, dass in Deutschland keine indigenen Völker lebten, sei nicht stichhaltig. Die wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen sowie die Außen-, Wirtschafts-, Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung hätten durchaus Einfluss auf die Lebensverhältnisse indigener Völker.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/4688 abzulehnen.

Berlin, den 10. März 2017

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Matthias Zimmer Vorsitzender	**Sylvia Pantel** Berichterstatterin	**Frank Schwabe** Berichterstatter
Annette Groth Berichterstatterin	**Tom Koenigs** Berichterstatter	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Sylvia Pantel, Frank Schwabe, Annette Groth und Tom Koenigs

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache18/4688** in seiner 100. Sitzung am 23. April 2015 erstmals beraten und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, die Konvention 169 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker, der Deutschland bereits im Jahr 2007 zugestimmt habe, umgehend dem Deutschen Bundestag zur Ratifikation vorzulegen. Sie verweist darauf, dass 370 Millionen Menschen in 90 Staaten zu den indigenen Völkern zählten und sich in deren Lebensräumen mehr als 60 Prozent der weltweit begehrtesten Rohstoffvorkommen finden würden. Das häufig gegen eine Ratifizierung der Konvention 169 vorgebrachte Argument, dass in Deutschland keine indigenen Völker lebten, sei nicht stichhaltig. Die wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen sowie die Außen-, Wirtschafts-, Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung hätten durchaus Einfluss auf die Lebensverhältnisse indigener Völker.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/4688 in seiner 68. Sitzung am 11. Mai 2016 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/4688 in seiner 74. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 76. Sitzung am 14. Dezember 2016 die Beratung des Antrags auf Drucksache 18/4688 aufgenommen und abgeschlossen. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 10. März 2017

Dr. Matthias Zimmer
Vorsitzender

Sylvia Pantel
Berichterstatterin

Frank Schwabe
Berichterstatter

Annette Groth
Berichterstatterin

Tom Koenigs
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.